

übrig bliebe, da aufgrund der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Zunahme der Arzneimittelverordnungen die Ausgaben zwangsläufig steigen würden.

Ersparnisse in diesem Bereich seien nur möglich durch Begrenzung des Spektrums verordnungsfähiger Arzneimittel auf „wirksame, gute und preiswürdige Medikamente“ und durch umfassende und objektive Information der Ärzteschaft wie durch die Preisvergleichsliste. Professor Häußler beklagte in diesem Zusammenhang, daß es immer schwerer werde, die für die Weiterentwicklung der Preisvergleichsliste notwendigen Daten zu bekommen.

Deutliche Kritik übte Professor Häußler auch an dem neuen Entwurf einer Änderung der Zulassungsordnung, aus dem man das drohende Ende der kassenärztlichen Vorbereitungszeit ablesen könne. „Ich habe niemals Zweifel daran gelassen, daß ich eine abgeschlossene Weiterbildung als Voraussetzung für die Kassenpraxis als besten Weg zu der von allen gewünschten Qualifikation betrachte“, erklärte Professor Häußler unter dem Beifall der Delegierten. Ein Wegfall der Vorbereitungszeit komme nicht in Frage, weil die Approbation allein nicht hinreichend zum Kassenarzt qualifiziert, wie das gerade das Sachleistungssystem erforderlich mache.

Der Vorsitzende erinnerte daran, daß der Bundesarbeitsminister noch im vergangenen Jahr in Hannover davon gesprochen hatte, daß das Problem der Arztzahlen „auch unter qualitativen Gesichtspunkten“ erkannt werden müsse. „Nun scheint es, als sei das Bundesarbeitsministerium beim Versuch, von der Erkenntnis des Problems zu seiner Lösung zu gelangen, im Sande juristischer Bedenken steckengeblieben.“ Häußler: „Solange die Anforderungen der EG-Richtlinie Allgemeinmedizin in unserem Lande noch nicht erfüllt sind, muß es bei einer kassenärztlichen Vorbereitungszeit bleiben, die zeitlich und inhaltlich so strukturiert werden muß, daß der Arzt unter Einbeziehung der Arzt-im-Praktikum-Zeit auf einer wenigstens dreijährigen ärztlichen Vorbereitung aufbauen kann.“ Da-

für möge der Bundesarbeitsminister sich unverändert einsetzen.

Am Schluß seiner Rede ging Professor Häußler besorgt noch einmal auf die Bedenklichkeit der Pläne ein, die soziale Krankenversicherung durch „Vermarktung“ gesunden zu lassen. Gewiß könne man beanstanden, daß dieses System politisch manipulierbar sei, besser gesagt, politisch bestimmt, aber „Gott schütze uns vor einem Sozialwesen, das marktwirtschaftlich manipuliert wird“. Ein sozialer Staat könne nicht auf jede soziale Gestaltungs- und Einwirkungsmöglichkeit verzichten.

● Wichtig sei allerdings, daß „die Politiker sich ihrer Verantwortung bewußt bleiben, die Finanzierung von ihnen beschlossener Maßnahmen zu sichern und sich nicht hinter dem ‚kostenneutral‘ zu verstecken“!

Professor Häußler schloß seinen Lagebericht mit der Aufforderung, den begonnenen Prozeß einer Strukturerneuerung unseres Gesundheitswesens nicht nur als gesetzgeberischen Akt zu sehen, sondern als Konkretisierung einer schöpferischen Idee, die zur geistigen Grundlage für eine neue Generation von Kassenärzten werden könne. Darum sollten Erkenntnis von Schwierigkeiten und notwendigen Kompromissen nicht zur Entmutigung führen. Entmutigung sei die tödliche Krankheit alles Schöpferischen.

● Wir alle werden mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die Ärzte wie die Politiker, denn nur allzu groß sei die Zahl widerstrebender Interessen und der Abwehrwille ihrer Vertreter. „Scheitern aber wird die Strukturreform nur dann, wenn wir die kreative Idee verleugnen, die sie trägt.“

● Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft müßten auch auf den einzelnen Kassenarzt ausstrahlen. Keiner dürfe bei dem, was er tut, „das Ziel aus den Augen verlieren, den Patienten, die sich uns anvertrauen, eine bestmögliche Versorgung und dabei den Kassenärzten selbst das höchstmögliche Maß an Unabhängigkeit, Freiheit und ärztlicher Verantwortung zu gewährleisten.“ Sch

Begrüßung

Als Repräsentant der nunmehr 75 000 an der kassenärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzte hatte der Erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Professor Dr. Siegfried Häußler, zur Eröffnung der Vertreterversammlung zahlreiche Gäste aus der Politik, befreundeter Berufsorganisationen, der Vertragspartner und nicht zuletzt der Medien begrüßt. Unter denen, die Professor Häußler namentlich hervorhob, erhielten besonders Beifall Ministerialdirektor Karl Jung als Vertreter des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (der ja als Referent aus der Sicht seines Hauses über die geplante Strukturreform im Gesundheitswesen berichten sollte); der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, und deren Hauptgeschäftsführer, Dr. Heinz-Peter Brauer; der Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, Professor J. F. Volrad Deneke; und der Ehrenvorsitzende der KBV, Dr. Hans Wolf Muschallik.

In ehrendem Gedenken an zwei verstorbene ehemalige Mitglieder erhoben sich die Delegierten der Vertreterversammlung. Beide Verstorbene haben Jahrzehnte ihres Lebens der Berufspolitik gewidmet; Dr. Rudolf Delius aus Niedersachsen und Dr. Peter Krein aus Berlin.

Ein Grußwort richtete Dr. Vilmar an die Versammlung. Er unterstrich die gute Zusammenarbeit zwischen BÄK und KBV, die jetzt in Karlsruhe einen speziellen Ausdruck darin finden werde, daß beide Veranstaltungen – die KBV-Vertreterversammlung und der 90. Deutsche Ärztetag – sich vorrangig mit dem Thema Strukturreform im Gesundheitswesen beschäftigen. Die wachsenden Erkenntnisse über die Ursachen der Fehlentwicklungen zeigten die Grenzen für eine Behebung durch staatliche Maßnahmen auf, sagte Vilmar. Der Staat wäre gut beraten, wenn er dafür nur den Rahmen setzt und notwendig werdende Kurskorrekturen der gemeinsamen Selbstverwaltung in der Krankenversicherung überläßt. gb